



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

††: Von der preußischen Grenze.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

§. 6. Es wird angenommen, daß Graf Giulay so viel als Melas und Napoleon der Dritte so viel als der erste Consul gelte.

Ausgewechselt und unterschrieben 2c. 2c.

R.

### Von der preussischen Grenze.

6. Juni. —

Alle sonstigen Reflexionen verstummen in diesem Augenblick vor der großen Thatsache: es ist vorgestern die erste Schlacht geschlagen. Zwar ist sie nicht entscheidend gewesen und wir sind entschieden geneigt, die im *Moniteur* angegebenen Zahlen auf Rechnung der französischen Windbeutelei zu schreiben; aber — die Oesterreicher sind aus Piemont gedrängt, die französische Armee überschreitet den Tessino, Garibaldi's Corps ist aus seiner bedrängten Lage befreit, Mailand ist kaum zu halten und weit früher als die schwärzeste Voraussicht es befürchtete, sieht sich die österreichische Armee auf die Minciolinie angewiesen. Dieses Resultat erlaubt und fordert einen Rückschluß auf das Verfahren Oesterreichs bei dem Ultimatum an Piemont, womit der Krieg begonnen wurde.

Große, Kühne und durchgreifende Entschlüsse, bei denen man die Scheide wegwirft, können sich nur durch den Erfolg rechtfertigen. Hätte Oesterreich im ersten Anlauf die piemontesische Armee zermalmt, Turin genommen und entweder den Friedendictirt oder Genua und die Alpenpässe besetzt, um die noch unentwickelten Franzosen in die See und von den Bergen herabzuwerfen, so würde sich nicht eine einzige Stimme gefunden haben, die jenen Entschluß nicht als den heilsamsten gefeiert hätte. Was hat nun Oesterreich aber gewonnen? Es hat die Lomellina durch Contribution ausgefogen, es ist in der Lage gewesen, sein eignes Varese zu plündern, wodurch es sich gewiß in Italien nicht populärer gemacht hat, es ist geschlagen und muthmaßlich auf seine zweite Vertheidigungslinie gedrängt. Dies ist der Preis, um dessentwillen es die diplomatischen Verhandlungen mit England und Preußen abgebrochen und diesen beiden Staaten, denen die italienische Verwicklung höchst unlegen kommen mußte, wenigstens formal das Recht gegeben hat, dem angreifenden Staat vorläufig die Durchführung seiner eignen Angelegenheit allein zu überlassen.

Man sage auch nicht, daß ein Erfolg sich nicht berechnen lasse: jener Schritt durfte nur gewagt werden, sobald der Erfolg zu berechnen war; man konnte ihn mit dem militärischen Correspondenten im vorigen Heft der *Grenzboten* nur dann einen politisch braven nennen, wenn er strategisch wohl überlegt war.

Sollte aber Oesterreich mit jenem Schritt die Absicht verbunden haben, dadurch Preußen wider seinen Willen in den Krieg hineinzuziehen, so hätte sich dieses, gelinde gesagt, unklug gewählte Mittel, gleichfalls als unzureichend erwiesen.

Lassen wir indeß diesen unerquicklichen Rückblick bei Seite, und suchen uns klar

zu machen, was Deutschland jetzt zu thun hat. Näher und näher wälzen sich die kämpfenden Heeresmassen unsern Grenzen und die für die Aufrechthaltung unsrer Ehre, ja unsrer Integrität so nothwendige Einigkeit der deutschen Staaten und Völker ist getrübt als jemals; wir wollen hoffen, daß jetzt, wo die Gefahr in vollem schwerem Ernst sich naht, die Besonnenheit einigermaßen zurückkehren wird. Mit bitterm Unmuth wird der Deutsche den höhnischen Artikel der Times gelesen haben, in welchem die Berserkerwuth des deutschen Michel und sein Plan, ohne weiteres in Paris einzumarschiren, verspottet wird. Zwar haben die Engländer zu diesem Hohn nicht das geringste Recht, denn für die gegenwärtige Haltung der britischen Regierung und des britischen Volkes möchte der Ausdruck kläglich wol der bezeichnendste sein; aber der Hohn trifft, ja es ist toller, als die Times meint. In Augsburg, dem Centrum der neuesten öffentlichen Meinung, verlangte man von Preußen, dem vermeintlichen Vützel des heiligen römischen Reichs, nicht blos den Einmarsch in Paris, sondern auch den Einmarsch in Moskau, und man stellte diese billige und bescheidene Zumuthung, indem man Preußen zugleich mit den frechsten Schmähungen überhäufte.

Der im Uebrigen beklagenswerthe Tag von Magenta wird die Folge haben, daß dieses Unwesen ein Ende nimmt. Es gibt wahrlich kein sonderbareres Mittel, die deutsche Einigkeit zu befördern, als die fortgesetzte Verdächtigung, Schmähung und Verleumdung des ersten deutschen Staats. Welche Wirkung das auf das preussische Volk ausgeübt hat, darüber gibt die Nationalzeitung die beste Vorstellung, die früher heftig auf die Beschleunigung unserer kriegerischen Thätigkeit drang, jetzt aber in ihren Nummern vom 1., 2. und 5. Juni in harten, aber keineswegs zu harten Worten sich darüber ausspricht, daß Preußen sich bei fortgesetzten Angriffen umsehen müsse, wo eigentlich seine Feinde sind.

Und wenn wir auch mit dem preussischen Minister von Schleinitz gern zugeben wollen, daß selbst hinter diesen Angriffen gegen Preußen eine an sich ehrenwerthe Gesinnung, das lebhafteste Gefühl der deutschen Ehre sich versteckt, so wird uns doch niemand darüber täuschen, wer die eigentlichen Aufbecker und Einbläser dieser Stimmung gewesen sind. Es waren die nämlichen, welche die Uebernahme der Regentschaft des Prinzen von Preußen mit hämischen Verdächtigungen begrüßten und die überhaupt während der letzten zehn Jahre jeden Fortschritt Preußens mit bitterm Mißtrauen, jede Thorheit Preußens mit höhnischer Schadenfreude besprochen haben. Freilich sind es nicht hauptsächlich die Ultramontanen die zwar im Allgemeinen Preußen nicht lieben, aber doch unter Umständen sich mit ihm verständigen würden, sondern es ist das particularistisch gesinnte Junkerthum, das ein fortschreitendes Preußen als seinen tödtlichsten Feind betrachten muß.

Lehrreich waren in dieser Beziehung die ersten Sitzungen der sächsischen Kammer. Der Minister Freiherr v. Beust hat sich im Allgemeinen gemäßigt und reservirt ausgedrückt und wenigstens mittelbar entschieden genug die Solidarität mit denjenigen zurückgewiesen, die Deutschland in dieser Krisis spalten wollen. In der That, welche deutsche Regierung sollte wol im Ernst darauf denken, sich in dieser schweren Zeit von Preußen zu trennen! Dafür hat er denn auch hören müssen, daß seine Eröffnungen keineswegs befriedigten; wahrscheinlich hat man die Anzeige des

Tages erwartet, an welchem der Einzug in Paris einem verehrungswürdigen Publicum vorgeführt werden sollte.

Die Rede des Freiherrn v. Beust erinnert in mancher Beziehung an die Rede des Freiherrn von Schleinitz. Beide polemisiren gegen die Presse, der eine gegen die preußische, der andere gegen die süddeutsche. Wenn der sächsische Minister es für nothwendig hielt, die Meinung zu widerlegen, daß Sachsen keine eigne politische Ueberzeugung, kein Recht und keine Pflicht habe, für die deutsche Sache nach dieser Ueberzeugung einzutreten, so wissen wir nicht, wer diese unsinnige Meinung ausgesprochen haben mag; nur aus der Einstimmigkeit aller deutschen Stämme kann ein allgemeiner deutscher Aufschwung hervorgehn. Aber wenn wir uns mit dem Zweck einverstanden erklären, so erscheint uns die Wahl der Mittel zweifelhaft. Es gab nur ein Mittel, die Einigkeit Deutschlands wirklich hervorzubringen, das herzliche, offene und redliche Einvernehmen mit Preußen. Statt dessen hat man mit Oestreich und den andern Mittelstaaten verhandelt und man hat nicht einen einzigen Schritt gethan, den gerechten Ansprüchen, die Preußen machen mußte, wenn der furchtbare Krieg mit einiger Hoffnung auf Erfolg aufgenommen werden sollte, entgegenzukommen. Zwar sind uns die diplomatischen Verhandlungen vollkommen unbekannt und auch die preußische Regierung hat leider das Volk vollständig im Unklaren darüber gelassen, was sie eigentlich begehrt, aber die Thatsachen schreien laut genug. Die Mittelstaaten mußten nicht erst abwarten, daß Preußen für diese Zeit der Noth die Leitung der deutschen Angelegenheit beehrte, sondern sie mußten sie auf das dringendste von ihm fordern. Es ist Raserei, die Sache so darzustellen, als sei Preußen der am meisten gefährdete Theil.

In der That scheint sich mehr und mehr die Ueberzeugung herauszustellen, daß der bisher eingeschlagene Weg ein unrichtiger war. So schlägt z. B. der gut unterrichtete Correspondent der Leipziger Zeitung aus Thüringen am 3. Juni einen ganz andern Ton an; er gesteht zu, daß die preußische Armee am frühesten gerüstet war, während andere Contingente noch sehr im Rückstand sind, er bezeichnet den Antrag Hannovers als ein Vertrauensvotum, er sagt: „man kann es begreifen und sich dabei beruhigen, daß Preußen die übrigen Regierungen gerüstet (hört!), den Kampf begonnen sehn und die Wendung desselben abwarten wollte.“ Er setzt hinzu: „die Stimmung Deutschlands mag der Zeit nach zu früh den Grad, den wir sahen, gefunden, man mag ihr statt einer zwei Richtungen, die zweite zum Nachtheil der ersten gegeben haben.“ — Ja wol! man hat ihr zwei Richtungen gegeben und es ist möglich, daß die Richtung gegen Preußen die Richtung gegen Frankreich nicht fördert! Wenn er aber dann hinzusetzt: „genug sie ist da!“ und mit dieser Bemerkung die Sache erledigt zu haben glaubt, so erlauben wir uns dieser ultrademokratischen Idee, diesem fanatischen Aberglauben an die Volkssouveränität die Worte der Nationalzeitung entgegenzuhalten, die man wenigstens nicht einer antidemokratischen Richtung beschuldigen wird: „Eine sich selbst unklare Deutlichkeit hat die verwirrende Lehre verbreitet, daß Preußen stets nach „Sympathien“ trachten müsse; dieser Satz ist, wenn er falsch verstanden und thöricht angewendet wird, der Nagel zum Sarge Preußens. Jeder Vernünftige muß einsehen, daß wir so gut einen Mohren weiß zu waschen wie der österreichischen Partei der deutschen Höfe Sympathien abzugewinnen im Stande sind; überhaupt aber fördert ein Staat

sich nie durch gemüthliches Zureden ihm zu vertrauen, sondern die Anerkennung, die durch kräftiges Handeln erzwungen wird, das sind die Sympathien, die Werth haben. Die Regierung kann sich über die Lage des Landes nicht täuschen. Wenn sie darauf gefaßt ist, nach den Umständen früher oder später das Land in ein Lager zu verwandeln, das Volk zu den Waffen zu rufen, so kann sie zur Vorbereitung nicht Monate lang sich und das Volk auf das übermüthigste beleidigen lassen; Leute, die höhnische Reden einstecken sind keine Krieger. Wir können von jetzt ab erwarten, daß unsere Diplomatie alles Wortgeflunker, welches sich an unserem Recht und an unserer Ehre vergeht, kurz und gut von sich fern zu halten verstehe; wir wünschen jetzt das ceterum censeo aus ihrem Munde zu wissen, daß Preußen nicht durch Phrasen, sondern durch die Gewalt der Waffen bezwungen werde.“ Der thüringer Correspondent geht aber noch weiter, er stellt es zwar als den äußersten Fall dar, den man aufs sorgfältigste vermeiden müsse, der aber doch in Betracht komme: — daß Deutschland ohne Preußen in den Kampf geht! — Es ist wunderbar, wie eine unklare phantastische Stimmung auch besonnene Männer ansteckt, die doch sonst nicht auf Redensarten, sondern auf Realitäten zu sehn gewohnt sind. Soll etwa Oestreich mit dem übrigen Deutschland ohne Preußen auch in Paris, Moskau und Turin zugleich einrücken? oder meint man etwa, daß Preußen zusehn darf, wenn Hannover, Mecklenburg, Hessen-Kassel und andere Staaten Frankreich mit Krieg überziehen? Man hat immer so viel hin und her vom rechtlichen Standpunkt über die Souveränität der einzelnen Staaten und über ihre Befugniß Krieg zu führen geredet, daß man darüber ganz die Untersuchung der realen Mittel Krieg zu führen vergessen hat. In dieser Beziehung ist die Souveränität eines jeden Staats begrenzt. Wenn Anhalt-Deßau ohne Preußens Einwilligung keinen andern Staat mit Krieg überziehen kann, weil seine Truppen preußisches Gebiet berühren müssen, so hat sich in der neuschateller Angelegenheit traurigen Angedenkens gezeigt, daß auch Preußens Kriegsmacht seine Grenzen hat. Ohne Frankreichs Vermittelung wäre damals Preußen, dank den österreichischen Intriguen, obgleich es das vollste Recht auf seiner Seite hatte, schwer gedemüthigt worden. Eine solche reale Schranke der Souveränität kann die Würde eines Staats nicht beeinträchtigen. Die norddeutschen Staaten können ihrer Lage nach keinen Krieg führen, ohne Preußen entweder zum Verbündeten oder zum Feinde zu haben; wenn sie aber daraus folgern, daß Preußen in jedem Kriege, den sie anfangen, ihr Verbündeter sein muß, so ist das eine übereilte Folgerung. Die Sache ist so ernst, so folgenschwer, so verhängnißvoll für Deutschlands Zukunft, daß die frivole Art, mit welcher die modernsten Vertreter der Volkssouveränität sie behandeln, jeden redlichen Freund des Vaterlandes empören muß. —

7. Juni. — So sorgfältig in diesem Augenblick der Krisis alles zu vermeiden ist, was die Uneinigkeit in Deutschland durch Erneuerung des alten Parteihaders vermehren kann, so dürfen wir doch Symptome der Parteiung nicht unbeachtet lassen, die eine Gefahr für den Staat verrathen. — Ein eclatantes Beispiel gibt eine Correspondenz, die sich die Kreuzzeitung aus Süddeutschland schreiben läßt; leider haben wir sie im Augenblick nicht vor Augen und können nicht wörtlich citiren; doch ist der Sinn folgender: die jetzige Richtung der preussischen Regierung [d. h. das gegenwärtige Ministerium] habe allseitig so großen Argwohn erregt, daß zu be-

fürchten sei, die Conservativen aller Staaten werden sich an Oestreich, oder an Frankreich, oder an beide zugleich anschließen. — Was das Letztere heißen soll, davon später.

Unserm Ministerium werden hoffentlich bald die Augen darüber aufgehen, daß es in diesen Regionen etwas mehr aufräumen muß, wenn es nicht die Gefahr der Anarchie auf sich laden will. Preßprocesse (es sind wirklich einige Processe gegen Blätter dieser Farbe angestellt) sagen gar nichts; die Presse ist nur ein Organ bestehender Parteien, und es ist nicht nur rechtlich geboten, sondern für den Staat selbst von der größten Wichtigkeit, daß alle bestehenden Parteien sich mit vollkommener Freiheit aussprechen. Aber das darf nicht sein, daß Zeitschriften, die eine solche Gesinnung bekennen, sich zugleich für die eigentlichen Organe des monarchischen Princips ausgeben. Preußen wundert sich, woher das Mißtrauen in seine Festigkeit bei den andern Deutschen zu erklären sei? — Einfach daraus, daß man noch nicht recht weiß, wer Koch und wer Kellner ist. — Einheit in die Regierung zu bringen, dürfte grade unter den gegenwärtigen Umständen sehr dringend geboten sein; daß sie noch nicht vorhanden ist, zeigen Artikel wie der obige.

Das „Dresdner Journal“ — bekanntlich das officielle Blatt der sächsischen Regierung — hat jene Artikel ohne weitere Anmerkung abgedruckt. Was das heißen soll, ist doch wol deutlich.

Was nun jene wunderbare Idee betrifft — das eventuelle Zusammengehen der Conservativen mit Oestreich und Frankreich zugleich — so dürfte der folgende Passus aus der schon erwähnten Rede des Freiherrn von Beust einige Aufklärung geben. „Es kommt noch in Betracht, daß Deutschland, wenn es auf der einen Seite sich für berufen hält, im Kriege Oestreich nicht fallen zu lassen, sondern ihm eine wirksame Unterstützung zu gewähren, auf der andern Seite auch ein Interesse dabei hat, wie Oestreich den Frieden schließt und wie sich überhaupt die Dinge nach dem Frieden gestalten. Und in dieser Beziehung unterliegt es keinem Zweifel, daß auf der einen Seite Preußen und der deutsche Bund einen viel wirksamern und nachhaltignern Einfluß in diesem Moment auszuüben haben werden, wenn sie bereits eine für Oestreich fühlbare und wirksame und daher schwer zu entbehrende (deutlicher doch wol: die schwer zu entbehren gewesen wäre) Unterstützung geleistet haben; während auf der andern Seite, wenn, was gar nicht unmöglich ist, Oestreich in den Fall kommen könnte, vielleicht infolge einer zufälligen Disposition des Gegners, einen Frieden bald abzuschließen, der auch nicht allzulässig für Oestreich sein könnte, ehe noch von Seiten Deutschlands irgend etwas geschehen wäre, was Oestreich verpflichtet hätte, dann Oestreich auch kein hinreichendes Motiv haben würde, auf Deutschland beim Frieden wesentlich Rücksicht zu nehmen. Und es ist nicht zu vergessen die Erfahrung, die man beim pariser Frieden gemacht hat, wo wir sehen, wie schnell die bittersten Feinde nach einem Frieden zu Freunden werden. Die letztere Betrachtung richte ich wieder am allerwenigsten an die Mitglieder dieser hohen Kammer, sondern ich richte sie über diesen Saal hinaus an diejenigen, welche mitunter von dem Gedanken etwas präoccupirt sind, als könne Deutschland durch ein rasches Eintreten sich dem aussetzen, Oestreich zu freier Hand auch in innern deutschen Angelegenheiten zu gewähren. Im Gegentheil! je eher Deutschland eintritt und je werthvoller die Unterstützung ist, die es Oestreich

gewährt, desto mehr hat es auch zu erwarten, daß bei einem Friedensschluß und bei einer Neugestaltung der Dinge, die jedem Friedensschluß folgt, von Oestreichs Seite auf die deutschen Bundesgenossen nach jeder Richtung hin Rücksicht genommen werden wird.“

Da diese Betrachtungen — weit über den Saal der ersten sächsischen Kammer hinaus — an diejenigen gerichtet sind, welche von ähnlichen Gedanken etwas präoccupirt sind, wie wir, so sei uns ein näheres Eingehn auf dieselben gestattet.

Eigentlich müßte man glauben, die Unterstützung des Bundes könne nur den Zweck haben, Oestreich einen schnellen „nicht allzu lästigen“ Frieden zu verschaffen, und wenn Oestreich in der Lage wäre, diesen Zweck ohne jene Hilfe zu erreichen, so sei es nützlicher für beide Theile. — Indes sind jene Betrachtungen nicht ohne Gewicht. Aus dem Diplomatischen übersezt, kommen sie ungefähr auf die im vorigen Heft von uns besprochene Ansicht eines deutschen Blatts heraus: Oestreich könne gar wol auf Kosten Deutschlands mit Frankreich Frieden schließen. (Und dies ist wol der Fall, den die Kreuzzeitung vorsieht, wenn sie die Verbindung aller Conservativen mit Oestreich und Frankreich gegen Preußen in Aussicht stellt.) Dies zu vermeiden, meint der Minister, ist wol das zweckmäßigste Mittel, wenn man Oestreichs Dankbarkeit erregt.

Es ist mit der politischen Dankbarkeit eine eigne Sache. Als Preußen im Mai 1849 zur Niederwerfung des dresdner Aufruhrs willig seine Hilfe geliehen, klagte später Herr v. Manteuffel, wie es einem sentimentalen Staatsmann ziemt, auch über Sachsens Undank. Wir billigen ganz im Gegentheil das Verfahren Sachsens, sich in ernsthaften Dingen nicht durch das Gefühl der Dankbarkeit, sondern durch die Rücksicht auf seine Interessen bestimmen zu lassen. Auf Dankbarkeit rechnet in der Politik nur der Schwächling, und Oestreich ist ein viel zu lebenskräftiger Staat, um sich solchen Gemüthsanwandlungen hinzugeben — es hat das auch hinlänglich gezeigt. Mit dieser Rechnung wäre es also, namentlich von Seiten Preußens, das doch mehr und mehr über die deutschen Stimmungen aufs Reine kommt, eine sehr bedenkliche Speculation.

Daß Oestreich im Frieden die preussische Rheinprovinz an Frankreich abtreten sollte, wäre zwar etwas Neues, aber dieser Umstand wäre noch kein Beweis für die Unmöglichkeit der Sache. Aber — warum sollte Oestreich denn einen solchen Frieden nicht schließen, wenn wir alle nach einem mehrjährigen Kriege erschöpft wären, wenn Preußen kein Heer mehr hätte? — Man denke doch an den Frieden von Tilsit! Preußen war auf Anreizung Rußlands in den Krieg gegangen — das Weitre „verschweig' ich, doch weiß es die Welt!“ — Nicht wir sind es, die solche Eventualitäten in Rechnung zu ziehen den Anfang gemacht haben.

Nein, wir verlangen solidere Garantien dafür, daß „bei der Neugestaltung der Dinge, die jedem Friedensschluß folgt,“ auf die deutschen Bundesgenossen „nach allen Seiten hin Rücksicht genommen werde.“ Die Dankbarkeit ist eine Tugend, aber zur Garantie ist sie nicht solid genug.

Die Drohung Rußlands, falls der deutsche Bund sich in die italienische Sache einließe, scheint nun erfolgt zu sein. Preußen wäre also den feindlichen Heeren vom Rhein, von der Nordsee, von der Ostsee, von Polen ausgesetzt. Von England ist sehr wenig zu erwarten, wenn Lord Derby bleibt; nichts, wenn Palmerston aus-

Ruder kommt, der ja stets die Mincio Grenze verfochten hat. Einer solchen Gefahr der völligen Zertrümmerung sich auszusetzen, wäre von Seiten Preußens nicht bloß Tollkühnheit, sondern halber Wahnsinn, wenn es sich vorher nicht die Garantien verschafft hat 1) für die Möglichkeit des Sieges; 2) für eine Entschädigung für seine schweren Opfer im Fall des Sieges.

Die Möglichkeit (nicht etwa die Wahrscheinlichkeit) des Sieges liegt aber in der ausschließlichen Verfügung über alle deutschen Streitkräfte. — Ohne diese ist der Sieg über Rußland und Frankreich zugleich unmöglich. — Sollte es auch nur einen deutschen Minister geben, der das ernstlich bezweifelte! Worauf wartet man denn? — Daß die fideleu ausgburger Politiker anderer Ansicht sind, die im Siegeszug, ja im rauschenden Galopp lustig nach Paris und Moskau zugleich tänzeln, ändert nichts; daß man durchreisenden ungarischen Truppen bairisch Bier, Schokolade und Cigarren verabfolgt, ist ein gutes Zeichen; aber damit werden noch keine leipziger Schlachten gewonnen. Und davon ist die Rede, das sollten die fideleu Politiker überlegen! Um Schlachten, wo hunderttausend Leichen den Boden düngen! um jahrelange Zerstörung aller Cultur! um Erschlaffung Deutschlands auf Jahrzehente! — Solchen Krieg fängt man nicht an wie ein fideleu Bursch sein erstes Duell! — Erst bestellt man sein Haus, ehe man hineinzieht.

Wir wollen noch einen, sehr zarten Punkt berühren. — Wenn das Sträuben der Mittelstaaten, sich Preußens Führung unbedingt anzuvertrauen, zunächst auf einem — an sich gerechtfertigten, aber in diesem Fall gefährlichen — Particularismus beruht, so hat es auch wol einen anderen, erheblicheren Grund. — Man zweifelt an Preußens Fähigkeit, die Führung zu übernehmen; an seinem Verstand, an seinem Muth, an seiner Entschlossenheit. — Wir sind im Begriff, ein scheinbar sehr anfechtbares, aber sehr ernstgemeintes Wort auszusprechen, dem wir ernsthafteste Ueberlegung wünschen: — auch in diesem Fall muß Preußen die unbedingte Führung übertragen werden. Die jetzige Regierung ist viel besser als die vorige; aber wäre sie auch viel schlechter, — wenn wir den Krieg übernehmen, so muß sie die Dictatur erhalten; es gibt keinen andern Weg, wenn das Ende des Kriegs nicht Schmach, Elend und Vernichtung sein soll. — Oder soll etwa die „öffentliche Meinung“, vielleicht in den bairischen Bierstuben, die Generale commandiren, wie man 1848 ganz im Ernst versuchte, wo von den Clubs ihnen Verhaltensbefehle ertheilt wurden? — Noch einmal: wäre auch Preußens Regierung die unfähigste aller deutschen Regierungen, es kann doch keine andere die Leitung übernehmen. —

Wie es auch mit der Bestellung eines Bundesfeldherrn, der Corpscommandanten u. s. w. gehalten werden mag — hier muß vor allem die militärische Tüchtigkeit entscheiden — in letzter Instanz muß doch immer ein souveräner Wille sein, der die Kriegsoperationen strategisch überwacht und politisch lenkt. — Die Freiheitskriege darf man hier nicht anführen; dort wurde Napoleon durch eine ungeheure Uebermacht erdrückt, und trotzdem hatten die Feldzüge einige bedenkliche Augenblicke.

Seiner souveräne Wille kann nicht in einer Versammlung von Diplomaten, er muß in einer wirklichen Person vertreten sein, wenn die Schnelligkeit der Ausführung dem Entschluß gleichkommen soll. — Hier ist nur die Wahl zwischen dem Kaiser von Oestreich und dem Prinzen von Preußen. — Oder ist das eine Wahl? — Für Preußen nicht.

Es versteht sich von selbst, daß die höchste Autorität, die den Krieg führt, auch die Kriegs- und Friedensunterhandlungen leitet. — In welchem Sinn, darüber wird freilich zwischen den Souveränen (den Vollmachtgebern) und dem bevollmächtigten Fürsten vorher eine Verständigung stattfinden müssen; aber von einem absolut bindenden Mandat kann auch da keine Rede sein, da man die Ereignisse nicht vorher berechnen kann. — Sehr verwickelte, sehr unbequeme Verhältnisse auf beiden Seiten; eine drückende Last des Vertrauens für Preußen, eine schwere Sorge über das Geschick und den guten Willen des Bevollmächtigten bei den andern. — Aber so steht die Sache. Der deutsche Bund ist auf friedliche Verhältnisse berechnet, und reicht dafür aus; aber — silent leges inter arma! Und auf jeden Krieg muß doch ein Friede folgen; die Friedensbedingungen festzustellen, dazu ist wiederum eine Diplomatenversammlung von dreißig Staaten nicht angethan.

Im Grund sieht das auch jeder ein; nur das Gefühl sträubt sich.

Und hier kann Preußen viel thun. Auch wir sind mit dem Gang der Regierung nicht ganz einverstanden. Sie ist viel besser als ihr Ruf, aber — das ist eben schlimm! Sie geht ruhig ihren Weg, ohne Ostentation — vielleicht ein wenig schwankend, aber doch im Ganzen in gerader Linie; sie ist sehr redlich deutsch — die deutschen Höfe wissen es sehr wohl, aber nicht das Volk —; sie ist opferbereit, sie ist sehr gut gerüstet und kann in kürzester Frist sich nöthigenfalls allein mit Frankreich messen. — Aber das genügt nicht. Eine Zeit aufgeregten Gefühls will nicht bloß besonnenes Handeln, sie will Worte, Schaustellung, energische Action. — Und darin ist Preußen, wie immer, sehr ungeschickt. — Was hilft es, wenn die Nationalzeitung und andere mit der Regierung in keiner Beziehung stehende preussische Blätter mit dem Säbel rasselt und den Kolben aufstößt? was hilft es, wenn gleich darauf die „Preussische Zeitung“, das Organ der Regierung, gefühlvoll winselt! — Wenn wir den deutschen Staaten, in ihrem eignen und unserer aller Interesse, anempfehlen, sich der Führung Preußens anzuvertrauen — wundern kann man sich nicht, daß sie zögern; denn wenn man führen will, muß man zu gebieten wissen. — Preußen habe nur das Gefühl der eignen Kraft, und Deutschland wird bald einig sein, auch wenn von Osten, Westen und Süden zugleich die Feinde vordringen.

† †

### Aus Leipzig.

Das Jubiläum der „Neuen Zeitschrift für Musik“ — bekanntlich das Organ der Zukunftsmusiker, die sich jetzt als „weimarische Schule“ officiell constituirt haben, gab Gelegenheit zu einer sehr umfangreichen musikalischen Schaustellung, in der jene Schule alle ihre Kräfte entfaltete. Es ist im Lauf von vier oder fünf Tagen so viel Musik gemacht worden, daß selbst der Leipziger, der in dieser Beziehung mehr verträgt als irgend ein continentaler Europäer, zuletzt erschöpft zusammensank. Die Berichte der hiesigen Kritiker beginnen und enden mit Stoßseufzern völliger Ermüdung. — Es hat natürlich auch an Festessen, Reden und constituirenden Versammlungen nicht gefehlt; die letzten sind, so weit uns bekannt, ohne erhebliche Wirkung